



**INHALT DEZEMBER 2006**

**SEITE 1**

**BUNT, ABER KEIN PATCHWORK**  
Das Programm von Migration & Qualifizierung 2007

**NEUER DATENDIENST**  
Die Situation von über 25-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

**ZAHLENWERK**  
Internationaler Gewerkschaftsbund

**SEITE 2**

**„ALS AUSLÄNDISCHER BETRIEBSRAT HAST DU EBEN VIER OHREN“**

Zum Beispiel Giuseppe Davi aus Leverkusen

**NETZWERKTREFFEN**  
Schnellentschlossene können sich noch anmelden

**DURCHAUS UNTERSCHIEDLICHE SICHTWEISEN**  
Gemeinsames Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration

**SEITE 3**

**QUALIFIZIERUNG ZUM INTERKULTURELLEN VERMITTLER**

Angebot des Interkulturellen Kompetenzzentrums

**EU-RECHT**  
Asylanerkennungsrichtlinie  
**BLEIBERECHTSREGELUNG**  
Stimmen

**SEITE 4**

**INTEGRATIONSKURSE IN DER PRAXIS**

Kommentar von Christine Failing, Mitbegründerin von PHOENIX-Köln

## BUNT, ABER KEIN PATCHWORK

### Das Programm von Migration & Qualifizierung 2007

Ob Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz oder Kultur- und Länderkunde der Türkei, ob „Gemeinsam leben und arbeiten in Europa“ oder „Frauen in der Migration“ – das Programm 2007 des Bereichs Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk deckt sehr viele Bereiche und Themenfelder ab. Es ist aber kein Patchworkteppich, der bunt zusammengenäht seinen Charme fürs Auge entwickelt, aber ganz anders zusammengesetzt ebenso schön wäre. Im Bildungsprogramm sind Veranstaltungen, Beratungen und Informationsangebote auf die Frage Migration und Arbeitswelt ausgerichtet. Das fächert sich sehr weit auf. So können sich Personalverantwortliche aus Betrieben und öffentlichen Verwaltungen Wege aufzeigen lassen, wie Migrantinnen und Migranten besser in die Arbeitswelt integriert

werden können und dies aufgrund ihrer spezifischen Kompetenzen nicht zuletzt zum Vorteil des Unternehmens. Ein anderes Feld sind die rechtlichen Rahmenbedingungen für Integration vom Zuwanderungsgesetz bis zum Gleichstellungsgesetz. Sozusagen das Pendant dazu auf gesellschaftlichem Gebiet sind Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und beim Zugang zu ihm oder aktives Vorgehen gegen Ausgrenzung und Rassismus. Auch dazu finden sich im Programm zahlreiche Angebote.

Und wenn zum Beispiel ein Gremium etwas nicht findet oder Zeitpunkt oder Dauer nicht so recht passen – die Angebote werden bei Bedarf auch auf besondere Bedürfnisse zugeschnitten.

Wer neugierig geworden ist oder aus Erfahrung der letzten Jahre das Programm sowieso haben möchte – es steht im Internet unter folgendem Link:



[www.migrations-online.de/programm2007](http://www.migrations-online.de/programm2007)

## NEUER DATENDIENST

### Die Situation von über 25-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Die Situation von ausländischen Staatsbürgern, die 25 Jahre oder älter sind, auf dem deutschen Arbeitsmarkt – besonders ihre Betroffenheit von Arbeitslosigkeit – ist Thema der aktuellen Ausgabe des im

Rahmen von Pro Qualifizierung herausgegebenen Datendienstes. Vorgestellt werden zum Beispiel Daten zur durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit dieser Gruppe. Eine andere Grafik zeigt die Zusammensetzung ausländischer Arbeitsloser über 25 Jahre nach Berufsausbildung und Geschlecht. Daneben liefert der Datendienst statistische Informationen zur Wende auf dem Arbeitsmarkt

– den Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung – und die Auswirkung dessen für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Der Datendienst kann im Internet heruntergeladen werden unter:

[www.pro-qualifizierung.de/datendienst-nov-06](http://www.pro-qualifizierung.de/datendienst-nov-06)

### ZAHLENWERK

<b>Internationaler Gewerkschaftsbund, gegründet 1. bis 3. November 2006 in Wien</b>	
Mitgliedsorganisationen	307
erfasste Länder und autonome Gebiete	154
vertretene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	168.000.000

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB), der vom 1. bis 3. November 2006 in Wien gegründet wurde, geht aus dem Zusammenschluss des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und des „Weltverbands

der Arbeit“ hervor. Hinzu kamen einige nationale Gewerkschaften, die bislang keinem internationalen Bund angehört haben. Zur Präsidentin des IGB wurde die Australierin Sharon Burrow gewählt, stellvertretender

Präsident ist der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Zu den künftigen Arbeitsschwerpunkten heißt es in einer Erklärung: „Förderung des Respekts vor Diversität im Arbeitsleben und in der Gesellschaft sowie die Durchsetzung wirksamer Maßnahmen, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit insbesondere am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen, zählt zu den Prioritäten des IGB.“

# „ALS AUSLÄNDISCHER BETRIEBSRAT HAST DU EBEN VIER OHREN“

**Zum Beispiel Giuseppe Davi aus Leverkusen**

**G**iuseppe Davi kommt viel rum im Betrieb. Er repariert und wartet die Gabelstapler. Von daher kennen ihn viele und er kennt viele. Aber nicht nur deshalb ist er bekannt.

Er ist in der zweiten Wahlperiode in den Betriebsrat gewählt worden – länger geht auch nicht, denn „sein“ Betrieb, Chemion Logistik für Chemie, ist erst vor fünf Jahren aus dem Leverkusener Bayer-Werk ausgegliedert worden. Vorher war Giuseppe schon bei Bayer im Betriebsrat.

Rund 600 Leute arbeiten bei Chemion, 70 von ihnen haben einen ausländischen Pass, 30 weitere sind deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund. Dem Betriebsrat gehören elf Mitglieder an, zwei sind Nichtdeutsche. Giuseppe kümmert sich natürlich gleichermaßen um die Interessen seiner deutschen wie ausländischen Kolleginnen und Kollegen. Nur, was Menschen mit Migrationshintergrund bewegt, kann er aufgrund eigener Erfahrung besser erkennen als andere. „Als ausländischer Betriebsrat hast du eben vier Ohren“, beschreibt er diese Fähigkeit. Er weiß was das heißt, wenn von Sprachschwierigkeiten die Rede ist. Er erinnert sich sehr

genau, dass er erst kurz aus Italien gekommen bei der Einschulung praktisch kein Deutsch konnte. Dass solche Schwierigkeiten überwindbar sind, weiß er aber auch. Er hat eine Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen.

Neben den vielen Alltäglichkeiten, mit denen ein Betriebsrat zu tun hat, will Giuseppe im Betriebsrat anregen, dass zwei Dinge vorangebracht werden. Da ist einmal die Weiterbildung. Es gibt eine Betriebsvereinbarung zum Thema. Die könnte aber besser mit Leben erfüllt werden – findet er. Zum Beispiel dadurch, dass stärker diejenigen eine Chance auf Weiterbildung erhalten, die heute oft außen vor ste-

hen, An- und Ungelernte. Und das sind sehr oft Beschäftigte mit Migrationshintergrund.

Das Andere: Gleichbehandlung. Er hatte vor einiger Zeit schon einmal den Vorschlag eingebracht, eine Betriebsvereinbarung zur Gleichbehandlung vorzubereiten und abzuschließen, ist damit aber nicht so recht durchgedrungen. Da das Thema jetzt auch gesetzlich geregelt ist, hofft er, dass die Idee einer Betriebsvereinbarung auf größere Resonanz stößt. Er jedenfalls will dafür werben, im Betriebsrat und bei den Kolleginnen und Kollegen, mit denen er bei der Arbeit spricht. Er kommt ja viel rum im Betrieb.

## NETZWERKTREFFEN

**Schnellentschlossene können sich noch anmelden**

**A**m 7. Dezember 2006 findet im Rahmen des Projekts „Pro-Qualifizierung“ ein „Netzwerktreffen öffentliche Verwaltungen und Betriebe: Berufliche Integration von Migrantinnen und Migranten fördern“ statt. Ziel des Treffens ist es, Ergebnisse interkultureller Öffnungsprozesse und berufliche Integrationskonzepte zu fördern und Anstoß zur Intensivierung der Kontakte zwischen den Verantwortungsträgern in Personalfragen öffentlicher Verwaltungen und Betriebe zu geben.

Pro Qualifizierung verfolgt das Ziel, den Zugang zu Arbeitsplätzen in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben und die Teilhabe am beruflichen Aufstieg durch Fort- und Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund ab 25 Jahren zu verbes-

sern. Der Hintergrund: Menschen mit Migrationshintergrund sind in NRW mehr als doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Angehörige der Mehrheitsgesellschaft.

Mit dem Netzwerktreffen soll das Verständnis für eine bessere berufliche Integration von Migrantinnen und Migranten gefördert und ein andauernder Informationsfluss und -austausch über konkrete Maßnahmen und Entwicklungen auf dem Gebiet interkultureller Personalstrukturen geschaffen werden.

**Das Netzwerktreffen findet im Hans-Böckler-Haus in Düsseldorf statt. Öffentliche Verwaltungen und Betriebe, die im Netzwerk mitarbeiten wollen, finden weitere Informationen oder eine Anmelde-möglichkeit im Internet unter:**

[www.migration-online.de/netzwerktreffen-verwaltung](http://www.migration-online.de/netzwerktreffen-verwaltung)

## DURCHAUS UNTERSCHIEDLICHE SICHTWEISEN

**Gemeinsames Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration**

**W**as für die einen ein Sich-Stellen aktueller Herausforderungen ist, sehen andere als Gefährdung demokratischer Errungenschaften – dies gilt zum Beispiel in Bezug auf das im Sommer dieses Jahres gegründete „Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration“ (GASIM). Es soll, heißt es in der dazugehörigen Pressemitteilung, „der Herausforderung der illegalen Migration wirksam begegnen“. Dabei sollen „fachliche Kompetenzen“ von Bundeskriminalamt (BKA), Bundespolizei, Bundesnachrichtendienst (BND), der „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“, dem Verfassungsschutz, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie dem Auswärtigen Amt (AA) für eine ganzheitliche Bekämpfung illegaler Migration gebündelt werden. Rechtliche Rahmenbedingungen werden nicht verändert.

Dazu Staatssekretär August Hanning: „Die illegale Migration mit ihren Auswirkungen auf die Kriminalitätslage, den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme in Deutschland ist eine der gegenwärtig größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Sie muss umfassend und wirkungsvoll verhindert werden.“ Dies

sei nur durch eine „abgestimmte Vorgehensweise“ aller betroffenen Behörden erreichbar, mit dem Zentrum werde der ganzheitliche Bekämpfungsansatz weiter ausgebaut.

Der Präsident der „Internationalen Liga für Menschenrechte“, Rolf Gössner, hingegen sieht in dieser Entwicklung eine „fatale sicherheitspolitische Wiedervereinigung“. Durch die allgemeine Entwicklung der verstärkten Verzahnung und Vernetzung von Polizei und Geheimdiensten, wie nicht nur im GASIM, sondern auch in der „gemeinsamen Anti-Terror-Datei“ oder dem „Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ) zu beobachten sei, werde, so Gössner weiter, „eine wichtige demokratische Lehre weitgehend entsorgt, werden rechtsstaatliche Begrenzungen letztlich einer grenzenlosen Prävention geopfert“.

Auch Amnesty International, Pro Asyl und der Interkulturelle Rat kritisierten, mit dem Zentrum würden Flüchtlingschutz und Migration kriminalisiert. Es sei legitim gegen Menschenhändler vorzugehen, aber ein Skandal den Flüchtlingsbereich durch Integration des BAMF in das GASIM mit einzubeziehen.

**Weitere Informationen erhält man unter:**

[www.migration-online.de/gasim](http://www.migration-online.de/gasim)



# QUALIFIZIERUNG ZUM INTERKULTURELLEN VERMITTLER

## Angebot des Interkulturellen Kompetenzzentrums

**D**as Interkulturelle Kompetenzzentrum des DGB Bildungswerks Bereich Migration & Qualifizierung bietet eine Weiterbildung zum Erwerb interkultureller Vermittlungsfähigkeiten an. Ziel dabei ist es, durch den Erwerb interkultureller Vermittlungskompetenzen zur Vermittlungsarbeit im von Diversität und Interkulturalität geprägten Berufsalltag zu befähigen. Wobei unter interkultureller Vermittlungskompetenz „alle relevanten formellen und informellen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten gemeint sind, die es ermöglichen, in einem interkulturell geprägten beruflichen oder privaten Umfeld zurechtzukommen und es aktiv und konstruktiv mitzugestalten“. Dabei zielt die interkulturelle Vermittlungsarbeit nicht nur auf Deeskalation und gutes Miteinander ab, sondern auch auf die Nutzbarmachung von Vielfalt.

Diese Schulung wendet sich sowohl an Angehörige der Mehrheitsgesellschaft, als auch an Zugewanderte. Lediglich ein Berufsabschluss ist von Nöten. Ziel dieses Qualifizierungsangebots ist es, sich interkulturell relevante Handlungskompetenzen anzueignen und dadurch im Berufsalltag



sicherer und produktiver mit Heterogenität und kultureller Vielfalt umzugehen.

Das Angebot ist keinesfalls am grünen Tisch entstanden, sondern wurde in der Praxis erprobt und weiterentwickelt – etwa bei ThyssenKrupp Steel in Duisburg.

Die Schulung umfasst drei Ausbildungsstufen à 120 Unterrichtsstunden, die Einteilung des Lernstoffes in Module lässt eine flexible Durchführung zu.

Das Curriculum zur Ausbildung Interkultureller Vermittler unter:

[www.migration-online.de/  
curriculum-int-vermittler](http://www.migration-online.de/curriculum-int-vermittler)

oder:

DGB Bildungswerk  
Bereich Migration & Qualifizierung  
Mohammad Heidari  
Leitung Interkulturelles Kompetenzzentrum  
Telefon 02 11/43 01-1 97  
mohammad.heidari@  
dgb-bildungswerk.de

## EU-RECHT

### Asylanerkennungsrichtlinie

**A**m 10. Oktober 2006 ist die Frist für die Umsetzung der Asylanerkennungsrichtlinie der EU in nationales Recht abgelaufen. Nach Mitteilung der Europäischen Kommission haben nur sechs Mitgliedstaaten entsprechende Maßnahmen nach Brüssel gemeldet. Diese werden jetzt auf ihre Übereinstimmung mit den Vorgaben der Richtlinie geprüft. Welche Mitgliedstaaten betroffen sind, hat die Kommission nicht mitgeteilt.

Die Richtlinie wurde im April 2004 verabschiedet und zog einige Kritik von Menschenrechtsorganisationen auf sich. Sie setzt als Kernstück einer geplanten Asylrechtsharmonisierung Mindeststandards, über die die Mitgliedstaaten hinausgehen können.

Pro Asyl verweist darauf, dass in den Ländern, die die Richtlinie nicht umgesetzt haben – z.B. Deutschland –, deren Regelungen jetzt unmittelbar anzuwenden sind. So gilt Flüchtlingsschutz jetzt auch bei Verfolgung aufgrund der Religion, verstanden als Religionsausübung im öffentlichen Raum. Das deutsche Asylrecht schützt nur eine innere Religionsfreiheit. Ebenso muss Kriegsdienstverweigerung nun umfassend als Asylgrund anerkannt werden.

[www.migration-online.de/  
rl-asylanerkennung](http://www.migration-online.de/rl-asylanerkennung)

## BLEIBERECHTSREGELUNG

### Stimmen

#### Wolfgang Schäuble (CDU)

Alle, die hierbleiben, sollen die Chance haben, anstatt Sozialleistungen zu kassieren, selber durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

#### Edmund Stoiber (CSU)

Das Ergebnis der Innenministerkonferenz ist ein voller Verhandlungserfolg für Günther Beckstein und für die Linie, die die Union hier seit vielen Jahren vertreten hat ... Mit der heute getroffenen Vereinbarung der Innenminister gilt in Zukunft der richtige Grundsatz: Eine Aufenthaltserlaubnis gibt es nur für denjenigen, der auch arbeitet und Deutsch kann.

#### Volker Beck (B90/Grüne)

Der Beschluss der Innenminister ist eine Mogelpackung und ein humani-

täres Armutszeugnis. Für die meisten langjährig Geduldeten stehe eine Lösung in den Sternen.

#### Wolfgang Bosbach (CDU)

Ich reibe mir die Augen, wenn ich lese, dass sich die Koalition einig ist.

#### Maria Böhmer (CDU)

Ich gehe davon aus, dass jeder zweite in Deutschland bisher geduldete Ausländer von der neuen Regelung profitieren wird. Dies ist eine ganze Menge.

#### Günther Burkhard (Pro Asyl)

Der Beschluss ist völlig unzureichend und unsozial. Nach dem Beschluss werden weiterhin mehr als 100.000 Menschen „dauergeduldet“ in Deutschland leben. In weiten Teilen Deutschlands ist die Arbeitslosigkeit so hoch, dass Geduldete gar keine Chance auf einen Arbeitsplatz haben. Die von der

Innenministerkonferenz beschlossenen Kriterien sind äußerst restriktiv und für viele unerfüllbar.

#### Sevim Dagdelen (Die Linke)

Erst dürfen Flüchtlinge mit Duldung faktisch nicht arbeiten und fallen aus dem Arbeitsprozess heraus. Jetzt zwingt man sie, jeden noch so schlecht bezahlten Job anzunehmen.

#### Wolfgang Huber (EKD)

Die Hoffnung auf eine humane Lösung im Interesse der Betroffenen hat sich nicht bestätigt. Die Einzelheiten des Beschlusses lassen befürchten, dass für die große Mehrheit der Betroffenen der Ausreise- und Abschiebungsdruck erhöht werden soll.

#### Thorsten Jäger (IR)

Die von den Regierungsparteien vereinbarte Bleiberechtsregelung wird

vielen langjährig Geduldeten keine dauerhafte Aufenthaltsperspektive in Deutschland eröffnen. Allein die vorgesehene Mindestaufenthaltsdauer von sechs Jahren für Familien mit Kindern und acht Jahren für alle anderen wird für viele längst integrierte Menschen zum Stolperstein werden.

#### Franz Müntefering (SPD)

Nach sechs Jahren bzw. acht Jahren Duldung soll es eine Aufenthaltserlaubnis geben und ein gleichrangiges Recht am Arbeitsmarkt. Dann muss sich jeder glaubwürdig um Arbeit bemühen, wenn die Aufenthaltserlaubnis nach zwei Jahren weiter gelten soll. Das ist human, gerecht und pragmatisch.

#### Kenan Kolat (Türkische Gemeinde in Deutschland)

Wir benötigen eine sehr viel großzügigere Regelung.

## INTEGRATIONSKURSE IN DER PRAXIS

### KOMMENTAR

**Christine Failing,  
Mitbegründerin von  
PHOENIX-Köln**



PHOENIX-Köln e.V. ist eine politisch und konfessionell unabhängige und gemeinnützige Selbsthilfeorganisation, die 2002 von Migranten aus den Ländern der ehemaligen UdSSR und Einheimischen gegründet wurde, um russischsprachigen Menschen bei ihrer Integration zu helfen.

Seit dem 1. Januar 2005 sind mit dem neuen Zuwanderungsgesetz staatliche Integrationsangebote für Migranten gesetzlich geregelt. Den Kern der Integrationsmaßnahmen bilden dabei die so genannten Integrationskurse, die aus einem Sprach- und einem Orientierungskurs bestehen. Der Sprachkurs umfasst einen Basis- und einen Aufbaukurs von insgesamt 600 Stunden. Der 30-stündige Orientierungskurs vermittelt den Teilnehmern Landeskunde, deutsche Geschichte und Kultur. Ziel der Integrationskurse ist die Förderung der Integration von Migranten im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit. Dazu gehört der Erwerb ausreichender Sprachkenntnisse.

Doch reichen dazu 630 Unterrichtsstunden aus? Zahlreiche Erfahrungsberichte aus der Praxis ergeben ein kritisches Resümee. Insbesondere für Analphabeten und bildungsferne Teil-

nehmer reichen 600 Deutschstunden längst nicht aus, um die Sprache zu lernen. Diese Aussage können wir nur bestätigen. Laut unserer Erfahrung müsste der Stundensatz der Sprachkurse deutlich erhöht (ideal wären 1.200 Stunden) und gleichzeitig die Gruppen auf 10 bis maximal 15 Teilnehmer (zurzeit liegt die Teilnehmerzahl bei etwa 20) verkleinert werden, um Lernerfolge zu garantieren. Außerdem ist es wichtig, dass die Lerngruppen homogen sind, damit alle Teilnehmer die Chance haben, ihrem Bildungsniveau entsprechend zu lernen. Es macht keinen Sinn, wenn mitunter Analphabeten und solche mit schon akzeptablen Deutschkenntnissen in Kursen nebeneinandersitzen; extreme Bildungsunterschiede erschweren den Unterricht und führen auf beiden Seiten zu Frustration und Misserfolgen.

Wir plädieren für ein „maßgeschneidertes Angebot“, weil die Integrationskurse die bisher in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. Spezielle Angebote, wie zum Beispiel für Jugendliche, Frauen, Schnell- und Langsamler sowie Analphabeten müssen weiter ausgebaut werden, damit eine stärkere Differenzierung der Kurse gewährleistet werden kann. Auch der Erfolg des Orientierungskurses, der den Teilnehmern in nur 30 Stunden Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte Deutschlands, insbesondere auch Werte des demokratischen Staatswesens und der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, vermitteln soll, ist fragwürdig. Wie sollen Zugewanderte mit unzureichenden Sprachkenntnissen innerhalb kürzester Zeit ein ihnen fremdes Land in seiner Komplexität kennen und verstehen lernen? Außerdem ist der Orientierungskurs rein theoretisch aufgebaut – es fehlt der praktische Bezug zum Alltagsleben in Deutschland. Und unzureichende Kenntnisse über das gesellschaftliche Leben behindern wiederum die Sprachentwicklung. Deshalb halten wir konzeptionelle Änderungen

für unumgänglich: neben der Erhöhung der Stundenzahl ist auch ein handlungsorientierter Verlauf des Unterrichts ein wichtiger Baustein zur qualitativen Verbesserung der Integrationskurse.

Weiterhin beklagen wir den enormen bürokratischen Aufwand (Beratung und Hilfestellung, Statistiken, Abrechnungsmodalitäten, Finanzierungspläne, Absprache mit Ämtern, Datenpflege), der mit den Kursen verbunden ist und der sich durch die erforderliche sozialpädagogische Betreuung noch weiter erhöht. Auch die Finanzierung der Sprachkurse sollte verbessert werden, damit die Bezahlung von qualifizierten Lehrkräften gesichert werden kann. Ein weiterer Kritikpunkt ist das breite Spektrum der eingesetzten Lehrbücher und fehlende Vermittlung von Grammatik. Viele Bücher haben ihren Schwerpunkt in der Konversation und behandeln Grammatik und Phonetik nur sekundär. Da jedoch die Grammatik das Gerüst einer Sprache ist, sollte mehr Wert auf grammatikalische Inhalte gelegt werden. Außerdem wäre es angebracht, moderne Lehrbücher als Standardlektüre einzuführen, um aktuelle und homogene Lerninhalte zu erzielen.

In unserer Arbeit mit ratsuchenden Migranten stellen wir immer wieder fest, dass ihnen nach dem Besuch eines Integrationskurses keine weiteren Angebote zur Verfügung stehen und sie nicht wissen, wie sie ihre Deutschkenntnisse verbessern können. Allein der Besuch einer Schule vermittelt keine ausreichenden Sprachfähigkeiten. Wichtig ist die praktische Anwendung in Alltagssituationen, mit denen die Zugewanderten konfrontiert werden. So wäre zum Beispiel eine sozialpädagogische Begleitung der Integrationskurse zur Vermittlung von Praktika oder weiterführenden Maßnahmen der Arbeits- oder Sozialverwaltung ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

### GEFORDERT DURCH



Bundesministerium  
des Innern



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge

### IMPRESSUM

#### HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk  
Vorsitzender: Dietmar Hexel  
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

#### VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

#### KOORDINATION

Michaela Dälken

#### REDAKTION

Bernd Mansel  
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

#### LAYOUT

Gitte Becker

#### DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

#### FOTOS

photocase und Hakan Gökpinar

#### DRUCK UND VERTRIEB

Setzkasten GmbH, Düsseldorf

#### ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

#### BESTELLADRESSE

SETZKASTEN GMBH  
Produktion, Verlag, Werbung  
Kreuzbergstraße 56  
40489 Düsseldorf  
Telefax 02 11/4 08 00 90-40  
E-Mail mail@setzkasten.de

#### ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk, Bereich  
Migration & Qualifizierung  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 88  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de